

Aktueller denn je! - Karl Marx

Unter diesem Motto luden Fraktion und Ortsvorstand Reichenbach zu einer öffentlichen Ehrung von Karl Marx an den Gedenkstein in Mylau (Karl-Marx-Ring) ein.

Stadtrat Wolfgang Viebahn (BI-Tex) würdigte in seiner Rede nicht nur den Philosophen und Denker Karl Marx in seiner Zeit, sondern zeichnete auch ein privates Lebensbild von ihm.

Der Redner verfolgte den weltweiten Verbreitungsweg der Marx'schen Theorien und die Versuche ihrer Umsetzung auch mit deren Überbetonung bzw. Missbrauch.

Größeren Raum nahmen seine Darlegungen über das gestörte Verhältnis zu Karl Marx in der BRD ein. Offiziell ging man davon aus, dass Marx im Wesentlichen im Unrecht war und seine Ideen mit Irrtümern behaftet waren.

Die Entwicklungen in der DDR und den anderen Volksdemokratien nach dem 2. Weltkrieg mussten zur Aufrechterhaltung dieser Meinung herhalten. Dennoch gab es einzelne Stimmen, die die Erkenntnisse von Marx bestätigten.

Mit Ausblicken für weitere gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten lehnte sich der Redner an Gregor Gysis Gedanken aus seinem neuesten Buch "Marx & wir" an:

"Wie nun geht es aber mit uns weiter?"

Karl Marx bietet keine Rezepte an, er lässt uns aber in eine bestimmte Richtung blicken. Gregor Gysi meint, dass das Marxsche Zusammenbruchstheorem des Kapitalismus kaum auf unsere Gegenwart angewandt werden kann.

Zumindest in entwickelten und sozialstaatlich geprägten Demokratien fällt die politische Revolution vorerst aus. (Gysi, S. 102)). Ein Großteil der Deutschen hat heute mehr zu verlieren, als nur die sprichwörtlichen Ketten des Kommunistischen Manifests.

Nach Gysi sind Reformen anzustreben, die, wenn sie tief genug gehen, Einstiegspunkte für mögliche gesellschaftliche Transformationen sein könnten (Gysi, S. 103). Diskussion sollte auch eine Vergesellschaftung von Großbanken und Konzernen sein; Beteiligungsmitbestimmung und -eigentum bricht die Dominanz des großen Privateigentums an Produktionsmit-

teln. Eine neue Gesellschaft kann auch als kombinierte Wirtschaftsdemokratie verstanden werden – zentrale Rahmenplanungen, aber dezentrale Planungen von unten. Die Vergesellschaftung wäre sehr wohl eine Möglichkeit ... Das schließt Privateigentum an kleinen und mittelständischen Unternehmen und deren kostensenkende und qualitätssteigernde Konkurrenz nicht aus" (Gysi, S.87). "

Das sind Gedankenanstöße, so meine ich, über die es sich lohnt zu reden und auch mal wieder bei Marx nachzuschlagen.

Ina Becher



AN KRIEGSENDE ERINNERT

Am Mittwoch, dem 09. Mai 2018 führte der Ortsverband Oelsnitz der Partei DIE LINKE seine traditionelle Gedenkveranstaltung an das Kriegsende durch.

Neben Bürgerinnen und Bürgern folgte dieses mal auch der Oberbürgermeister der Stadt Oelsnitz, Mario Horn, der Einladung an das Ehrenmal auf dem Friedhof. Er hob die Bedeutung von 73 Jahren Frieden für Europa hervor und dankte für die geschaffene Möglichkeit eines weiteren würdevollen Gedenkens an die Opfer des Krieges in Oelsnitz.

In Ihren Reden griffen die beiden Vertreter des LINKEN Ortsverbandes die Schicksale und Opfer der Bevölkerung während des 2. Weltkrieges auf und betonten, neben der Wichtigkeit der Befreiung vom Hitlerfaschismus auch den Zusammenhang mit dem Kriegsausbruch.

Waldemar Strjukov betonte, dass „es leider immer wieder Menschen gibt, die am 8. Mai versuchen, die Ereignisse umzudeuten. Sie versuchen die Betrachtung dieses Ereignisses allein auf die Verbrechen Alliierten Soldaten zu



Grabplatten auf dem Oelsnitzer Friedhof

© Lars Legath

richten. Dabei lassen sie bewusst außer Acht, dass es von deutscher Seite aus, weit mehr Verbrechen gegeben hat und dass der Krieg von Hitler und seinen Nazis begonnen wurde.“

Der Oelsnitzer Ortsvorsitzende, Lars Legath, nannte nicht nur die Zahl der Kriegsoffer der Länder, sondern mach-

te zugleich die Forderung auf, den 8. Mai als Gedenktag einzuführen. In Richtung der im Vorjahr noch kritisierten Friedhofsverwaltung, konnte diesmal ein Dank ausgesprochen werden. „Dieses Jahr war der Ehrenhain so vorbereitet, wie man es sich für eine Gedenkstätte wünscht.“ ~

INFOSTAND 1.MAI RODEWISCH

Schon seit Jahren hatten wir traditionell unseren Infostand des Göltzschtalverbandes der Partei DIE LINKE im Rahmen des alljährlichen Treffens der JAWA-Freunde am 1.Mai auf der Schloßinsel Rodewisch aufgestellt. Dank der guten Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, die die Standgenehmigung erteilten, und dem Vorstand des JAWA-Clubs, als Veranstalter, konnten wir unseren Stand an gut sichtbarer Stelle aufstellen.

Sehr positiv war der persönliche Besuch der Rodewischer Bürgermeisterin, Frau Schöniger, an unserem Stand. Über eine Dauer von über 2 Stunden gestaltete sich unsere Informationsveranstaltung bei schönem Maiwetter sehr positiv. Es gab seitens der Besucher des Treffens ein reges Interesse und großen Zuspruch. Dabei zeigte sich, dass nicht nur Sympathisanten der Linkspartei, sondern auch viele, die sich nur informieren wollten bzw.

Fragen hatten und auch kritische Hinweise gaben. Dies zeigt, dass unsere Ideale und Ziele auf Akzeptanz in allen Bevölkerungsschichten und Altersgruppen stößt. Alle Gespräche waren sehr sachlich und ohne Aggression.

Neben persönlichen und lokalen Problemen standen vor allem aktuell politische Probleme im Mittelpunkt.

Als Beispiel seien genannt:

die verherende Rolle des USA Präsidenten Donald Trump in der globalen Weltpolitik, das Verhältnis zur Innen- und Außenpolitik Rußlands, besonders Wladimir Putins, Besorgnis über die zunehmende Verschlechterung der Sicherheitslage im Nahen Osten, speziell Konflikt Syrien-Iran-Saudi Arabien-Israel, Schwerpunktthemen in Deutschland. Forderung an die "Große Koalition" wie z.B. Abschaffung Hartz IV; Flüchtlingspolitik; Verurtei-

lung der Rüstungspolitik; Verbot von Rüstungsexporten; Maßnahmen gegen Pflege- und Bildungsnotstand

In diesem Zusammenhang fand unsere Unterschriftenaktion regen Zuspruch. Mit ihrer Unterschrift unterzeichneten 37 Bürgerinnen und Bürger den Appell an die Bundesregierung, das UN-Atomwaffenverbot zu unterzeichnen.

Sehr viel Zuspruch fand der Verkauf der traditionellen Mainelken. Der Bedarf war größer, als unser Bestand.

Wir verließen die Schloßinsel mit der Erkenntnis, dass wir mit solchen Aktionen einen großen und vor allem breiten Teil der Bevölkerung erreichen. Das sollte uns Ansporn und Kraft für die weitere politische Arbeit geben.

Matthias Umlauf

NEUMITGLIEDER-TRILOGIE IM GÖLTZSCHTALVERBAND

R2-D2, C3P-O & Co. trafen im April des Jahres 2018 auf 5 uralte Neandertaler

Nun heißt es für uns, dem Vorstand des Göltzschtalverbandes, dranbleiben am Cyber-Team um Anakin Skywalker: Benjamin, Robert, Salem und Patrick vom Planeten Naboo.

Anfang des Jahres plante der Vorstand, die Mitglieder der Altersgruppe U30 und Mitglieder, die zwar älter als 30, aber erst in den vergangenen 5 Jahren in DIE LINKE eingetreten sind, zu kontaktieren und sie für die Mitarbeit mit uns zu gewinnen.

Wir mailten infolge dessen an 12 von unseren 101 Mitgliedern eine Einladung, die ihnen anbot, an einem von drei Freitagabenden im April in unsere Geschäftsstelle zu uns zum Kennenlernen mal vorbeizukommen. Ein anspruchsvolles Programm bedeu-

te dies für manchen von uns nach einer harten Arbeitswoche.

Nicht viele, aber immerhin 4 – auch noch junge Genossen – konnten wir begrüßen, bewirten und mit ihnen interessant diskutieren. Wir haben dabei viel gelernt. Facebook ist ja schon ein „alter Schinken“, aber Instagram schon was Moderneres. So entscheiden „U30“ erst 5 Minuten zuvor, wo sie ihren Freitagabend verbringen, sind sehr schnelllebig, wollen keine umständlichen Einladungen, sondern einen Satzfetzen mit Bild und dann entweder „komme“, „komme nicht“ oder „komme vielleicht“ drücken.

Wie bringen wir nun diese Welten wieder zusammen? Wie überbrücken wir diesen Entwicklungssprung? Wir müs-

sen an unseren jungen Leuten dran bleiben, sie auch ein wenig an die trockene, trostlose Basis unserer Parteiarbeit heranführen, kommunale Politik wird nun mal im Rathaus und bei uns in der Geschäftsstelle gemacht.

So ein Neumitgliedertreffen auszuprobieren, ist sehr empfehlenswert, ob für andere Ortsverbänden im Vogtland, in Sachsen oder sicher auch deutschlandweit. Eins ist euch garantiert: auch wenn mal kein Neumitglied vorbeischaud, dann könnt ihr mal wieder wunderschön zusammenhocken bei 'nem Bierchen und außerhalb jeglicher „Tagesordnung“ diskutieren.

Kathrin Kosche

immer einen Besuch wert:

www.dielinke-vogtland.de

DISKUSSION ÜBER GLYPHOSAT

Plauener Stadverband spricht mit Landwirten

Am 16.4.18 fand im Wohngebietstreff des Wohn- und Lebensräume e.V. in der Mammenstraße Plauen ein Diskussionsrunde des zum Thema „Glyphosat – Für und Wider“.

Als Diskussionspartner nahmen die Landwirte Herr Stumpf und Herr Rudert teil. Anfangs erläuterte unsere Genossin Alice Schubert, die die Veranstaltung auch moderierte, was Glyphosat ist, wo es eingesetzt wird und welche Nebenwirkungen es hat.

Danach erhielt Herr Stumpf das Wort und erklärte die Hintergründe, warum er Glyphosat noch nutzt.

Als Gründe nannte u.a., dass der Boden damit nicht so oft umgepflügt werden muss, der bessere Ertrag – es gibt weniger Verunreinigungen. Bei einem Verbot müsste er die Produktion umstellen, was höhere Kosten verursachen und seine Konkurrenzfähigkeit einschränken würde.

Im Gegenzug zeigte Herr Rudert, der schon viele Jahre ökologische Landwirtschaft in Großzöbern betreibt, dass es alternative Möglichkeiten gibt. So nannte er z.B. den Wechsel des Anbaus von Kulturen und die schonende Bearbeitung des Bodens.

In der anschließenden sachlichen Diskussion, an der sich auch weitere Landwirte und der Vorsitzende D. Hirsch des Regionalbauernverbandes beteiligten, wurden weitere Probleme der regionalen Landwirtschaft deutlich. Durch die Globalisierung und der Überproduktion würden die Preise gedrückt. Hinzu kommen EU-Richtlinien, Verwaltungsaufwand bei Fördermittelanträgen (Ausgleichszulagen) und der Wust an Landwirtschaftsbehörden.

Kritik wurde auch an der seit Jahren fehlenden Forschung zum ökologischen Anbau geübt und den Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen an Großunternehmen. Damit würde die

regionale Landwirtschaft kaputt gemacht. Bei vielen dieser genannten Probleme ist die große Politik gefragt. Auch unsere Partei darf das Thema Landwirtschaft nicht weiter stiefmütterlich behandeln. Hier besteht noch großer Nachholbedarf. Die hiesigen Bauern verfolgen das sehr genau, wie sich zeigte.

Ein Fazit aus der Diskussion, man sollte schon im Kleinen damit beginnen, bewusster mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln umzugehen. Sei es im eigenen Garten oder bei der Pflege städtischer Grünflächen. Die Stadtratsfraktion in Plauen hatte dazu schon vor einigen Wochen einen Antrag eingebracht – leider bisher ohne Reaktion aus der Verwaltung. Mit den Landwirten werden wir weiterhin in Kontakt bleiben und die angesprochenen Kritikpunkte weitergeben.

Petra Rank



PUTZAKTION AM EHRENHAIN DER SOZIALISTEN

Unsere MV April haben wir auf Grund schönen Wetters ins Freie verlegt und eine Putzaktion in unserem Ehrenhain der Sozialisten gestartet.

Mit Unterstützung der RAD, die einen Container gestellt hat und viel Elan ging es an kriechenden Wacholder und wuchernde Hecken. Der Hain ist etwas in die Jahre gekommen und wurde auch gepflegt, aber in Minimalversion.

Mit Werkzeug und Putzeimern gingen

wir an die Arbeit. Zuerst kamen die Ecken wieder zum Vorschein und dann die Namen auf den Gedenktafeln. „Wer war das noch mal?“ „Na Gretchen Knoch VVN und ihr Mann Otto.“ Und der war Bürgermeister, Richterin, Gewerkschaft und und und . Und trotzdem kannten wir nicht mehr alle. Geschichte formt sich aus Geschichten und Gesichter einer Zeit und wir müssen darauf achten, dass wir nicht alle und alles vergessen. Der zentrale

Stein wurde entmoost, die Namen wieder sichtbar. Der Spruch von Ernst Thälmann zeigt sich zeitlos und aktuell. Nach zwei Stunden haben wir einiges geschafft, aber es gibt noch mehr zu tun. Gegen Vergessen wirkt Erzählen und tätig sein und wir haben vor, den Termin unserer April MV wieder den Gesichtern unserer Geschichte zu widmen.

Jürgen und Sigrid Mann

EINE DORFSCHULE SOLLTE MAN NICHT GEFÄHRDEN

Früher hatte fast jedes Dorf seine eigene Schule, heute findet man nur noch selten richtige Dorfschulen und dann noch Schulen, die selbst frisch kochen, sind schon Einzelfälle. Umso kleiner Schulen und Klassen sind, umso enger ist das Verhältnis zwischen Schule, Lehren, Schülern und Elternhaus. Die Diskussion, die aber gerade um die Grundschule Eichigt geführt wird, ist ein Spiel mit dem Feuer. Bis jetzt gingen die Grundschülerinnen und Grundschüler aus der Gemeinde Mühlental in die Schule in Eichigt, jetzt soll ein Teil nach Schöneck.

„Für uns ist unverständlich, warum ein Teil der Schülerinnen und Schüler jetzt auf ein Mal nach Schöneck in die Grundschulen gehen sollen, obwohl die Grundschule in Eichigt einen sehr guten Ruf hat. Es scheint eher ein Vorbote einer, von einigen gewünschten, Eingemeindung der ganzen Gemein-

de nach Schöneck zu sein. Durch den Verlust der Schülerinnen und Schüler wird die Grundschule in Eichigt aber gefährdet, denn je kleiner eine Schule ist, um so anfälliger ist diese auf den Verlust von, nach Schulsprengel zugeteilten, Schülern. Eigentlich sollten alle glücklich darüber sein, dass diese Kinder noch die Möglichkeit haben in eine richtige Dorfschule zu gehen. Da an erster Stelle hier die Kinder stehen müssen, sollte so eine Entscheidung nicht übers Knie gebrochen werden. Warum befragt man nicht einfach im nächsten Jahr zu den Kommunalwahlen die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde zusätzlich, ob diese weiter die Kinder in Eichigt einschulen wollen oder nicht.“ so Janina Pfau Kreisvorsitzende DIE LINKE Vogtland.

Katharina Pfeffer, Ortsvorsitzende der LINKEN im Dreiländereck und Gemeinderätin in Triebel ergänzt: „Die Ent-

scheidung der Gemeinde Mühlental betrifft nicht nur diese Gemeinde. Sondern hat auch Auswirkungen auf die Gemeinde Triebel mit ihren Ortschaften, die ebenfalls ihre Kinder in die Schule von Eichigt schicken.

Unter den Gemeinden Triebel und Eichigt gibt es bisher eine Schulvereinbarung zum Wohle der Kinder. Wenn Mühlental jetzt die Schule wechselt, wird das zum einen die Schule in Eichigt selbst gefährden, aber auch den, an die Schule gekoppelten Hort in Triebel. Nicht zu vergessen ist auch der negative Einfluss auf die Kinderarbeit der Vereine in den Gemeinden.

Ich hoffe, dass der Gemeinderat sich bei dieser Entscheidung bewusst ist, dass die Tragweite seiner Entscheidung in diesem Fall weit über das eigene Ortsschild hinausgeht.“~

WIEDER EINMAL NEUE KdU-RICHTWERTE IN ARBEIT!

Zur Erinnerung: Alle vier Jahre müssen die "angemessenen Kosten der Unterkunft" für Betroffene von Hartz IV, Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter neu berechnet werden. Also die Miete, die das Jobcenter oder das Sozialamt zahlt. Natürlich dürfen Betroffene auch eine teurere Wohnung mieten, das gebietet das Grundgesetz, aber den zusätzlichen Preis müssen sie dann selbst zahlen, entweder aus ihrer Regelleistung, die allerdings kaum zum Lebensunterhalt reicht, oder aus dem Freibetrag eines Zuverdienstes.

Vor allem alleinstehende Hartz IV-Berzieher machen von diesem Recht Gebrauch: Die "angemessene" Wohnung für sie ist meist eine Einraumwohnung, und nicht jeder kann im Winter im warmen Zimmer schlafen. Da z.B. Hartz IV-Empfänger bis 100 € ohne Abzug dazuverdienen dürfen, bezahlen viele, die eine entsprechende Arbeit finden, einen Aufpreis auf die Miete. Ich kenne Betroffene, die am Wochenende in Pflegeheime putzen gehen, um sich eine "teure" Wohnung leisten zu können.

Das Schlimme ist aber, dass die "angemessenen Kosten der Unterkunft" nicht selten absichtlich kleingerechnet werden: Ich habe Vertreter von Ämtern sagen hören, dass es für sie finanziell günstiger ist, die Gerichtskosten für verlorenen Prozesse wegen zu niedriger KdU-Richtwerte zu zahlen als rechtkonform ermittelte KdU-Werte zu finanzieren! Und das funktioniert auch meistens, denn wer kennt schon die Rechtsvorschriften für die Berechnung? Und wer macht sich die Mühe, deren Einhaltung zu kontrollieren? Empfänger von Hartz IV, Sozialhilfe und kleiner Rente haben kaum eine Lobby, kaum jemanden, der ihre Rechte vertritt, und zum Klagen fehlen den meisten der Betroffenen Mut und Nervenkraft.

Sind Betroffene also der Willkür der Ämter ausgeliefert, da sie die Rechtmäßigkeit der KdU-Richtwerte nicht überprüfen können? Abgesehen davon, dass von Kreisräten, die die Höhe der KdU-Richtwerte zu beschließen haben, zu verlangen ist, dass sie sich sachkundig machen und dass sie ei-

ne rechtskonforme Berechnung fordern und durchsetzen: Auch Betroffene können zumindest ein Merkmal überprüfen: Zu den Rechtsvorschriften für die Berechnung gehört, dass zu den als "angemessen" ermittelten Mietpreisen auch ausreichend Wohnungen im betreffenden Teilwohnungsmarkt vorhanden sein müssen. Und besonders Vertreter von Wohnungsunternehmen weisen wiederholt darauf hin, dass das nicht der Fall ist und dass insbesondere für Einpersonenhaushalte, neuerdings aber auch für große Familien "angemessene" Wohnungen fehlen.

Bei der Berechnung ist zu beachten, dass natürlich auch Niedriglohneempfänger, Rentner ohne Anspruch auf Grundsicherung, Studenten und Leute, die ihr Geld anderweitig ausgeben möchten, preisgünstige Wohnungen suchen. Außerdem müssen stets etwa 3% der Wohnungen eines Wohnungsunternehmens leer stehen, damit überhaupt Umzüge möglich werden: Wohnungen müssen nach einem Auszug saniert werden, während des Umzugs nutzen die Betroffenen eine Zeitlang sowohl die alte als auch die neue Wohnung u.a. Es dürfen auch keine Wohnungen des untersten Standards (z.B. mit nur Ofenheizung, mit Toilette außerhalb der Wohnung) in die Berechnung einbezogen werden.

Wenn also Betroffene zum KdU-Richtwert keine Wohnung finden, ist der KdU-Richtwert zu niedrig! Er ist also falsch berechnet worden und muss neu ermittelt werden!

Falls das für Sie oder Bekannte von Ihnen zutrifft, bietet das Bürger*innen-

büro von Janina oder die Geschäftsstelle der Linkspartei in Auerbach Auskunft und Hilfe an. Aktuelle Informationen nimmt auch die Linksfraktion des Kreistages entgegen. (Telefonnummern und Adressen finden Sie untenstehend).

Dr. Dorothea Wolff

AUSKUNFT UND HILFE ERHALTEN SIE IN SPRECHSTUNDEN DER LINKSPARTEI, DIE SIE TELEFONISCH VEREINBAREN MÜSSTEN, Z.B.:

- Bürger*innenbüro von MdL Janina Pfau Oelsnitz, Tel.: 037421 - 187878,

- Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE in Auerbach, Anmeldung beim Berater zu Hartz IV unter Tel. 03744 - 22 900 68,

- Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE in Reichenbach, Di. 14 Uhr bis 16 Uhr, Tel.: 03765 - 3090637

AKTUELLE INFORMATIONEN ZUR VERFÜGBARKEIT "ANGEMESSENER" WOHNUNGEN NIMMT AUCH DIE KREISTAGSFRAKTION DER PARTEI DIE LINKE ENTGEGEN:

- Plauen, Bahnhofstr. 49, Di. 14.00 Uhr - 18.00 Uhr, Mi. 11.00 Uhr - 15.00 Uhr, Donnerstag 11.00 Uhr - 15.00 Uhr, Tel.: 03741 222116



Monatlich authentische Informationen aus Kuba und Lateinamerika!

Jetzt abonnieren!

deutsche Ausgabe
12 Ausgaben/Jahr
ab 18 €

www.jungewelt.de/granma

EIN ANGRIFF AUF DIE FREIHEIT

Die bisher unter Ausschluss der Öffentlichkeit debattierte Reform des sächsischen Polizeigesetzes erlebte letzte Woche eine Zäsur. Das Medienportal Buzfeed veröffentlichte den bisher für den internen Gebrauch vorgesehenen Referentenentwurf. Der brisante Inhalt: Aufrüstung und massive Kompetenzerweiterungen der Polizei sowie Polizeibehörden. Hierzu *Antje Feiks*, Landesvorsitzende DIE LINKE. Sachsen:

„Das vorliegende Dokument lässt zweifeln, ob die Verfasser sich der Tragweite ihrer Ausführungen bewusst sind. Innenminister Wöllner lobt den Entwurf als ‚Qualitätssprung und deutliche Verbesserung des geltenden Rechts‘. Für mich bleibt offen, was er damit meint. Laut Entwurf soll die Polizei die Möglichkeit erhalten, zeitweise geheime öffentliche Kontrollbereiche einzurichten oder aber flächendeckende Videoüberwachung mit detaillierter Personenerkennung anzuordnen. Dies sind elementare Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte eines jeden Individuums und stellen faktisch alle Menschen unter Generalverdacht. Dies entbehrt jedweder Verhältnismäßigkeit.

Doch dem nicht genug, die Polizei soll mit Handgranaten, Maschinengewehren und Tasern aufgerüstet werden. Weiterhin ist geplant, dass die Polizeibehörden weitreichendere Kompetenzen erhalten und faktisch zu einer Polizei light aufgewertet werden sollen.

Dies lässt die Frage aufkommen, welches Szenario den Verfassern dieses Dokumentes vorschwebt. Braucht es wirklich Handgranaten oder Maschinengewehre um die öffentliche Ordnung zu sichern? Auch die aktuelle Kriminalstatistik liefert keinen Hinweis, warum diese Verschärfung notwendig sein sollte. Die Zahlen belegen

einen Rückgang der Straftaten und keine extreme Steigerung, die diesen Gesetzesentwurf in irgendeiner Weise rechtfertigen würden.

Obwohl derzeit die bayrische Polizeigesetzesänderung im Fokus der medialen Berichterstattung liegt, ist der hier vorliegende Entwurf nicht von minderer Bedeutung. Vielmehr zeigt er, dass die unionsgeführten Bundesländer eine massive Ausweitung der Polizeikompetenzen initiieren. Dies ist die falsche Antwort auf Terrorismus und die Forderung rechter Kräfte nach einem starken Staat. Ein starker Staat sollte an seinen demokratischen Freiheiten festhalten und diese nicht aus Opportunitätsgründen opfern. Für mich ist dieser Entwurf ein elementarer Angriff auf die Freiheit eines jeden Menschen und in dieser Form abzulehnen.

Wir, die Partei DIE LINKE, werden die nächsten Wochen nutzen, um mit Partner*innen ins Gespräch zu kommen und gleichzeitig eine Debatte zu führen, was die Änderungen einerseits für Sachsen bedeuten und andererseits, wie für uns LINKE eine sinnvolle Strategie der Sicherheitspolitik im Freistaat aussehen kann. Weitreichende Eingriffe in Grundrechte, die immer noch Bürger*innen vorm Staat schützen sollen, dulden wir nicht.“ ~

NEIES VON DAR META

Ne Freitooch frieh war de Neideiteln miet dor Vuuchtlandbahn nooch Falknstaar ze iehrer Freindin Meta gefahrn. Die zwee Weible sei nei ne Tiergarten gange un dar klaane Paul hott siech gefraat, dess er mietgehe konnt, weil de Schul scha um Zehne aus woar, weil schaa widder e Lehrer krank worn is.

Beim Kaffeetrinkn an dar Imbisbud froocht de Neideiteln, „nu mei Gute, du ziehst heit e Gsicht wie verzehntooch Rengwettar, woas issn los?“ Drauf de Meta. „Alles woas de Leit intressiert, wird beim LR Keil geheim hinter verschlossner Tür bequatscht un entschiedn. Des woar bei de Müllgebühren so, un dess is itze beim Reingbächer Krankenhaus ses gleiche. De Spatzen pfeifens trotzden vom Dach runter. Dor Insolvenzverwalter will su viel wie mechlich von rentidesüchtigen sogenannten „Investoren“ rausholen. Da blabbt der Kreis, der de Klinik zerickkaafen will außen vor.“

Do soocht de Neideiteln: „Von der ganz’n Pascherei brauchts Volk ja nix ze wissen, den Finanzhaien is egal, ob de Schwerkranken und Notfälle noch schnell und wohnortnah versorscht wern. Wenn desweeng aaner de Micke macht, intressiert die, wie wenn in China e Reissack platzt! Aa Investor verklopft des Haus dann Gewinn bringend an denn Nächsten, der aa en Reibach machen will. Un su gett des immer weiter. Wers immer noch net begriffn hott woas dess is? Dess is dor nur des Geld intressierende Raubtierkapitalismus!“

Dieter Riedler



Du bist Mitglied der Partei DIE LINKE, liest regelmäßig deine E-Mails? Aber du bekommst keine von DIE LINKE?

Dann kennen wir deine E-Mailadresse vielleicht noch nicht, oder deine E-Mailadresse hat sich geändert.

Melde deine E-Mailadresse und deinen Namen an die Kreisgeschäftsstelle unter: kontakt@dielinke-vogtland.de

GEREIMTE GEDANKEN ZUM 200. GEBURTSTAG VON KARL MARX

Als Philosoph und Ökonom
Sieht er ein sonderbar ' Phantom,
Das ganz Europa jäh erfasst,
Von aller Obrigkeit gehasst
Entdeckt die Ware Arbeitskraft,
Die Klasse, die den Reichtum schafft –
Gebeugt, verhöhnt, noch darbt sie hier,
Versklavt durch Mehrwerträuber-Gier.
Gesellschaftlich wird produziert,
Privat jedoch dann usurpiert!
DER Widerspruch ist nicht zu lösen –
Zeugt Kriege als die Macht des Bösen.
Der Stachel der Profitaussichten
Wird auf Verbrechen nicht verzichten.
Das große Monster-Kapital,
Der einen Glanz, der andern Mal,
Ruiniert am Ende den Planeten,
verschlingt Magnaten und Proleten!
Wo Torheit protzt ganz ungeniert,
wo einzig nur das Geld regiert,
dort wird der Mensch sich selber fremd
Und alles Menschliche gelähmt.

Sein Werk bleibt weiter aktuell,
der Erkenntnis reicher Quell!
Das Sein bestimmt des Menschen Geist –
Marx wollte, dass auch Du das weißt.
Studier Natur und die Geschichte,
Betracht die Sache klar bei Lichte,
schau über Deinen eignen Rand,
benutze öfters den Verstand!

Karl-Heinz Pscherer

VOGLÄNDISCHEN "MÜLLPAPST" IN DIE WÜSTE GESCHICKT

Landrat Keil sägt überraschend den Geschäftsführer Uwe Schink ab. Die einstige starke Figur der Müllwirtschaft im Vogtland muss gehen. Die Gründe der Abberufung? Für alle Beteiligten gilt, wie seit 20 Jahren im vogtländischen Müllgeschäft üblich, „das Schweigen im Walde“. Es werden eher von der Deutschen Geheimdienstzentrale in Pullach Interna öffentlich bekannt, als über Entscheidungen zum Müll im Vogtland!

Uwe Schink ist nicht länger Geschäftsführer der Kreisentsorgung Vogtland GmbH (KEV) Seine Aufgaben übernimmt ab sofort Jörg Blei, der seit Februar bereits an der Spitze der Müllfirmen Gitzner und Deponie Schneidenbach steht. Mehr war von den Gesellschaftern nicht zu erfahren.

Den fristlosen Rausschmiss teilte der Landrat am Ende eines Pressegesprächs im Landratsamt mit. Zu den Gründen wollte er keine Angaben machen. Auch eine schriftliche Erklärung dazu hielt Keil für nicht erforderlich.

Dieter Riedler

IDEENSAMMLUNG ZUM WAHLPROGRAMM

Liebe Genossinnen und Genossen, bald sind wieder Kreistagswahlen und natürlich brauchen wir für die Kreistagswahlen wieder ein Wahlprogramm. Aus diesem Grund fangen wir jetzt schon an eure Ideen für unser nächstes Wahlprogramm zu sammeln. Es muss sich jetzt noch nicht um einen vollkommen ausformulierten Text handeln, sondern es handelt sich um eine Ideensammlung.

Vorschläge können noch bis zum 30.06.2018 an den Kreisvorstand geschickt werden

Janina Pfau



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
immer der 15. des Vormonats

Sendet uns eure Beiträge an: redaktion@dielinke-vogtland.de



LINKE MIT AKTION IN PLAUEN FÜR KINDERGRUNDSICHERUNG



Unter dem Motto „Ohne Hürden ins Leben! Kinderarmut endlich wirksam bekämpfen, Kindergrundsicherung einführen!“ werben LINKE Parlamentarier aus Bundes- und Landtag vom 07. Mai bis Anfang Juni 2018 in ganz Sachsen für die Einführung der Kindergrundsicherung.

Außerdem findet am 02. Juni 2018 in Leipzig ein bundesweiter Kinderarmutskongress „Armut hat ein Gesicht: Augen – Nase – Mund“, der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN und des Netzwerkes gegen Kinderarmut statt.

Aus diesem Anlass machte die Tour am 16. Mai 2018 auch in Plauen Station. Auf dem Theaterplatz wurde dazu ein Parcour mit Hürden aufgebaut und ein großer Banner machte mit deutlichen Worten auf das Problem Kinderarmut aufmerksam. Die Landtagsabgeordnete Janina Pfau, sowie Vertreter aus der Fraktion Plauen und Marko Forberger, Koordinator Landesgruppe der Bundestagsfraktion standen den Bürgerinnen und Bürgern mit umfangreichen Material Rede und Antwort.

Kinder oder auch Erwachsene konnten mit dem Überqueren der Hürden bildlich auf die Hindernisse und zahlreichen Probleme, mit denen Kinder die von Armut betroffen sind, aufmerksam machen.

Janina Pfau sagt dazu: „Es ist erwiesen, dass Kinder aus armen Familien oft bei der Bildung, aber auch im sozialen Umfeld benachteiligt werden. Schon der Geburtstagsbesuch bei Freunden wird zum Problem, wenn das Geld für ein Geschenk fehlt. Der Hartz IV-Regelsatz sieht pro Tag nicht einmal drei Euro vor, um Essen für Kinder zu kaufen. Wie soll da eine ausreichende und gesunde Ernährung möglich sein? Wir fordern eine Grundsicherung für Kinder, damit gute Bildung und Versorgung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!“

Es ist an der Zeit zu Handeln, wir als LINKE fordern die Einführung einer eigenständigen Kindergrundsicherung in Höhe von 573 Euro, damit jedes Kind die gleichen Chancen auf ein glückliches und erfolgreiches Leben hat.

Elke Jacob

ZUSAMMEN WANDERN

Der Ortsverband Plauen plant für den 23.06.2018 eine Wanderung von Weischlitz aus zu einem ökologischen Landwirtschaftsbetrieb in Großzöbern.

Wer daran teilnehmen möchte, meldet sich bitte beim Ortsvorstand Plauen 03741/201695. Wenn es genug Anmeldungen gibt, würden wir mit der genaueren Planung beginnen. Diese werden wir im nächsten Vogtlandboten veröffentlichen.

Petra Rank

IN EIGENER SACHE

Datenschutz & Geburtstage

Liebe Genossinnen und Genossen, seit je her war es Tradition das wir auf dieser Seite unseren Geburtstagskindern gratuliert haben. Auf Grund neuer gesetzlicher Regelungen werden wir jedoch ab dieser Ausgabe keine Geburtstage mehr veröffentlichen.

Ab dem 25. Mai 2018 gilt die neue EU-Datenschutzgrundverordnung, kurz auch DSGVO genannt. Sicher habt ihr aus diesem Grund schon Schreiben von Versicherungen, Banken oder anderen Unternehmen bekommen. Diese Datenschutzgrundverordnung schränkt die Veröffentlichung von personenbezogenen Daten erheblich ein. Genau bedeutet das, dass wenn wir hier an dieser Stelle einem Jubilar gratulieren wollen würden müssten wir von jedem Jubilar eine nachweislich persönliche Einverständniserklärung vorliegen haben und auch diese müsste wiederum dokumentiert werden.

Für DIE LINKE ist Datenschutz ein wichtiges Thema, gerade in einer immer stärker digitalisierten Gesellschaft, daher nehmen den Schutz eurer Daten mehr als ernst, ob im Vogtlandboten oder anderswo.

*Jan Windisch
für die Redaktion*

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.05.2018, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.06.2018. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.